

22.29

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (JETZT): Herr Präsident! Frau Präsidentin!

Der Einkommensbericht, den wir jetzt um 22.15 Uhr folgende diskutieren, ist eines der zentralsten Dokumente zur Entwicklung der Einkommen, die wir in Österreich haben – nicht zur Entwicklung der Einkommenssituation der Selbstständigen und Gewerbetreibenden, dort ist es eine Katastrophe, aber dieses Dokument ermöglicht oder würde eine faktenorientierte Politik ermöglichen.

Was steht nun in diesem Bericht drinnen? – Es gibt eine gute Nachricht und viele schlechte Nachrichten. Die gute Nachricht: Die Realeinkommen erholen sich langsam, bis 2017 wohlgemerkt, in diesem Jahr endet der Bericht. Und die schlechte Nachricht unter den vielen schlechten Nachrichten: Die inflationsbereinigten Einkommen haben sich für die ärmsten 10 Prozent der Beschäftigten um fast ein Drittel verschlechtert. Das bedeutet, dass sich die Einkommensschere in Österreich weiter geöffnet hat.

Wer sind nun die Verlierer und Verliererinnen und die Gewinner und Gewinnerinnen? – Die Gewinner sind ganz eindeutig die Beamten. Diese können sich gegenüber 1998 heute über ein Realeinkommen freuen, das um 25 Prozent höher ist als 1998. Schauen wir uns das für die Arbeiterinnen und Arbeiter an, für das ärmste Zehntel der Arbeiterinnen und Arbeiter, so müssen wir feststellen, dass sich diese um 43 Prozent **weniger** leisten können als 1998 – also Beamte plus 25 Prozent, Arbeiterinnen und Arbeiter des unteren Einkommenszehntels minus 43 Prozent. Eigentlich ein Skandal! (*Beifall bei JETZT und bei Abgeordneten der SPÖ.*) Und das soll vor der Öffentlichkeit abgeschirmt werden, aber das sind genau die Dinge, über die man diskutieren muss.

Gleichzeitig – das muss ich auch noch sagen – ist in diesem Zeitraum der Wohlstand Österreichs um 50 Prozent gestiegen. Dass sich diese Menschen des untersten Einkommenszehntels, Arbeiterinnen und Arbeiter, zu Recht an den Rand gedrängt fühlen, ist nur allzu verständlich. Es ist daher auch nur allzu verständlich, wenn diese – sagen wir einmal so – anfällig werden für den Populismus, insbesondere den Rechtspopulismus. (*Abg. Haider: Der Rechtspopulismus geht ja noch! Aber der Linkspopulismus ist das Gefährliche!*)

Natürlich kann man etwas gegen diese Ungerechtigkeit tun, aber die Regierung tut ja nichts. Die jetzige Regierung, Herr Kollege, verschärft diese Situation noch einmal insofern, als sie das untere Einkommensdrittel systematisch benachteiligt.

Ich möchte jetzt folgenden Entschließungsantrag betreffend Mindestlohn, der geeignet wäre, diese Situation zumindest ein wenig zu lindern, einbringen:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bruno Rossmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Mindestlohn“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Regierung soll in Absprache mit den Sozialpartnern sicherstellen, dass eine Arbeitsstunde in Österreich faktisch mindestens mit 10 Euro brutto bzw. ein Monat in Vollzeitbeschäftigung mindestens mit 1.750 Euro brutto entlohnt werden muss.“

Die jetzigen 1 500 Euro, die bis Jahresende angepeilt werden sollen, reichen nicht aus – reichen deshalb nicht aus, weil es viele Menschen gibt, die ja von dieser Regelung gar nicht erfasst werden. Ich denke an die vielen Menschen, die in prekären Arbeitssituationen arbeiten.

Jetzt kann man sich natürlich fragen – und das kann man auch im Bericht nachlesen –: Warum klaffen die Einkommen so auseinander? – Ein Grund für dieses Auseinanderklaffen besteht darin, dass wir eine sehr stark steigende Teilzeitbeschäftigung haben. Sie hat sich von 1998 bis 2017 von 16 auf 28 Prozent erhöht. Die Teilzeitbeschäftigung ist weiblich, das wissen wir: Vier Fünftel aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Die Ursachen sind bekannt, seit Langem im Übrigen. Es sind nicht die Frauen, die freiwillig in Teilzeit arbeiten – nein! Die Ursachen sind, dass sie zum überwiegenden Teil die Kindererziehung und die Pflege älterer Menschen übernehmen. Die Antworten fehlen, seit Jahren im Übrigen, auch jetzt fehlen sie natürlich.

Wo ist der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen? Wo sind die Ganztagschulen? (*Abg. Zanger: Mütterförderung!*) Wo sind die Lösungen für die Pflege, über die wir heute schon diskutiert haben, bei der mobilen Pflege zum Beispiel? Das sind große Herausforderungen, die Antworten brauchen, auch im Sinne der Verbesserung der Einkommenssituation und der sich öffnenden Einkommensschere, über die ich gesprochen habe.

Der Handlungsbedarf ist groß, denn niedrige Einkommen heute schlagen sich später auch in niedrigen Pensionen nieder. Wenn wir so weitertun, werden wir in Bälde ein großes Problem der Einkommensarmut im Alter haben. – Vielen Dank. (*Beifall bei JETZT und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

22.34

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Bruno Rossmann, Freundinnen und Freunde

betreffend Mindestlohn

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Allgemeiner Einkommensbericht 2018 – Reihe Einkommen 2018/1 (III-223/516 d.B.) - TOP 19

Begründung

Der Einkommensbericht 2018 zeigt, dass gerade die untersten Einkommensklassen der Arbeiterschaft zwischen 1998 und 2017 von Realeinkommensverlusten betroffen sind und im Lohnwachstum deutlich hinter Angestellten sowie Beamten und Beamtinnen hinterherhinken:

Tabelle 17: Entwicklung der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach sozialer Stellung 1998 bis 2017 (Basis 1998)

Verteilungs- maße	1998	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
ArbeiterInnen														
10 %-Quantil	100	76	74	77	72	69	68	60	59	56	55	54	56	57
Median	100	91	92	94	93	91	90	88	87	86	86	87	87	87
90 %-Quantil	100	99	101	102	101	100	100	99	99	99	100	100	100	100
Angestellte (inkl. Vertragsbedienstete)														
10 %-Quantil	100	98	104	106	100	96	92	92	92	92	92	92	92	100
Median	100	101	102	103	102	104	102	100	101	101	101	102	103	103
90 %-Quantil	100	99	100	102	102	102	101	100	100	100	100	100	101	101
BeamtenInnen														
10 %-Quantil	100	112	115	116	118	122	123	120	122	122	123	126	128	127
Median	100	114	118	120	122	126	126	123	124	123	123	126	128	127
90 %-Quantil	100	110	113	114	116	119	119	116	117	116	117	119	120	120

Ohne Lehrlinge.

Quelle: Statistik Austria, 2018. Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996.

Nur zum Teil ist eine dermaßen ernüchternd ausfallende Entwicklung der mittleren Einkommen auf die ansteigende Teilzeitquote zurückzuführen. Insbesondere die Ungleichheit in der Einkommensentwicklung ist augenscheinlich und zeigt sich auch in den nominellen Beträgen der Bruttojahreseinkommen:

Tabelle 12: Entwicklung der mittleren Bruttojahreseinkommen der unselbstständig Erwerbstätigen nach sozialer Stellung 1998 bis 2017

Soziale Stellung	1998	2009	2010	2011*	2012	2013	2014	2015	2016	2017
ArbeiterInnen	16.100	17.874	18.092	18.157	18.383	18.662	18.975	19.215	19.539	20.006
Angestellte (inkl. VB)	21.933	27.810	27.902	28.313	29.118	29.690	30.289	30.853	31.303	32.030
BeamtenInnen	30.993	47.848	48.644	49.274	50.730	51.408	52.221	53.747	55.122	56.132
Vertragsbedienstete	-	28.103	28.623	29.103	30.673	31.041	31.774	32.496	33.242	34.019
Angestellte (ohne VB)	-	27.723	27.710	28.092	28.696	29.323	29.855	30.396	30.782	31.466

Ohne Lehrlinge.

* Bruch in der Zeitreihe bezüglich Vertragsbediensteten aufgrund von Fehlklassifikationen durch die Lohnzettelaussteller: In den Jahren 2011 und davor wurden ca. 30.000 Universitätsbedienstete fälschlicherweise als Vertragsbedienstete klassifiziert, rund 23.000 Vertragsbedienstete des Landes Steiermark wurden von der bezugsauszahlenden Stelle nicht als solche deklariert.

Quelle: Statistik Austria, 2018. Lohnsteuer- und HV-Daten.

Eine Möglichkeit, der Ungleichheit in den Erwerbseinkommen entgegen zu wirken, ist ein (gesetzlicher) Mindestlohn. Die Wirtschaftskammer verweist hierzu auf eine Vereinbarung mit dem Gewerkschaftsbund, nach welcher „bis 31. 12. 2019 kein Mindestlohn in einem Kollektivvertrag (KV) unter 1.500 Euro pro Monat liegen soll.“¹ Ein Blick auf die nominellen Bruttojahreseinkommen verrät jedoch, dass diese Zielsetzung in ihrer Höhe unzureichend ist.

Hinzu kommt, dass sie den kleinen, nicht von Kollektivverträgen erfassten Teil der österreichischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen außen vor lässt. Eine Problematik, die durch zunehmend aufkommende neue Formen der Arbeit und damit zusammenhängende Beschäftigungsverhältnisse – insbesondere Plattformarbeit, vom Crowd-working bis zum Minijob – noch wachsen dürfte.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Regierung soll in Absprache mit den Sozialpartnern sicherstellen, dass eine Arbeitsstunde in Österreich faktisch mindestens mit 10 Euro brutto bzw. ein Monat in Vollzeitbeschäftigung mindestens mit 1.750 Euro brutto entlohnt werden muss.

¹ https://news.wko.at/news/oesterreich/position_mindestlohn.html.

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Der Antrag ist ordnungsgemäß eingebracht, ausreichend unterstützt und steht somit mit in Verhandlung.

Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Niss. – Bitte.